

Protokolleintrag vom 27.09.2006

2006/420

Postulat von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 27.9.2006: Sozialhilfe, Aufgliederung von Statistiken nach Staatsangehörigkeiten

Von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) ist am 27.9.2006 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die regel- oder unregelmässig veröffentlichten Statistiken zur Sozialhilfe in der Stadt Zürich (z. B. Fallzahlen, Anzahl unterstützter Personen, Ausgaben, etc.) wieder derart gestaltet werden können, dass unmissverständlich die Anteile der Schweizerinnen und Schweizer sowie der Ausländerinnen und Ausländer und deren Herkunft aufgezeigt werden.

Begründung:

Noch bis und mit „Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 2004“ wurden, zumindest teilweise, die Anteile der Ausländer an der Sozialhilfe, damals Fürsorge, dargestellt. Mit dem Jahrbuch 2005/2006 erschien diese Aufschlüsselung unverständlicherweise auf einmal nicht mehr.

Dabei sind die entsprechenden Daten lückenlos vorhanden, werden sie doch zum Beispiel in einer Publikation der Städteinitiative zur Entwicklung im Sozialhilfereich für das Jahr 2005 aufgezeigt. Allerdings hat diese Publikation eine wesentlich geringere Aussenwirkung bezüglich der Stadt Zürich, als ihre eigene Statistiken.

Die Abstimmungsresultate vom 24. September 2006 haben verdeutlicht, dass in der Bevölkerung grosses Unbehagen im Zusammenhang mit der bisherigen Ausländerpolitik herrscht. Vergleicht man die Resultate mit jenen zur Schengen/Dublin-Abstimmung, ergibt sich der Eindruck, dass die Stimmbürger sehr wohl differenziert beurteilen.

Die Verunsicherung der Bürger und ihr Misstrauen gegenüber Ausländerthemen müssen offensiv angegangen werden. Verschweigen, Verschleiern oder Verdrängen von Fakten leisten in Bezug auf Ausländerfragen der Spekulation Vorschub und schaffen geradezu ein Klima von Ausländerfeindlichkeit.

Der Aufschwung extremer Rechtsparteien in der Schweiz und im Ausland steht damit in engem Zusammenhang und ist besorgniserregend. Überall wurden gerade von linken Regierungen ähnliche Verheimlichungstaktiken angewandt.